

Politische Tagesübersicht.

Wladimir-Telegramm des Reichskanzlers an Tomkapitular Belgrad. Reichskanzler Müller hat dem Tomkapitular Belgrad aus Anlass seines 60. Geburtstages folgendes Wladimir-Telegramm übermittelt: „Es ist mir eine große Freude, Ihnen zugleich im Namen der Reichsregierung zur heutigen Vollendung des sechzigsten Lebensjahres herzlichste Glückwünsche zu übersenden. Im Gedanken an die Verdienste, die Sie sich in langer parlamentarischer Lebensarbeit um das Vaterland erworben haben, spreche ich die Hoffnung aus, daß Ihnen noch viele Jahre fruchtbringender Tätigkeit in dieser Eigenschaft beschieden sein mögen. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Müller, hat in einem Wladimir-Telegramm sich den Wünschen des Reichskanzlers angeschlossen.“

Das Märchen von den deutschen Giftgasbomben vor dem Unterhand. Unterstaatssekretär Loder Lampson gab am Dienstag nachmittag im Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung keinerlei Mittelungen hinsichtlich der Behauptungen über eine unrechtmäßige Herstellung von Gasbomben in deutschen Fabriken erhalten habe. Der Abgeordnete Dennis Smith stellte darauf die weitere Frage: „Beabsichtigt die britische Regierung im Hinblick auf die von Irland auf der letzten Völkerbundversammlung erhobenen Beschuldigungen besondere Erhebungen im Zusammenhang mit der angeblichen Fabrikation solcher Bomben anzustellen?“ Loder Lampson erwiderte, daß es nicht die Aufgabe der britischen Regierung sei, solche Untersuchungen vorzunehmen.

Deutscher Sieg bei Betriebsratswahlen in Ostpreußen. Im Unterwerk der Königsbütte fanden Betriebsratswahlen statt, bei denen die deutschen Listen die überwältigende Mehrheit erzielen konnten. Von 3116 insgesamt abgegebenen Stimmen erhielten der deutsch-sozialistische Metallarbeiterverband 1500 und die deutsch-christliche Gewerkschaften 802. Demnach erhalten die deutschen Listen insgesamt 8 Sitze, denen gegenüber nur 6 Sitze der polnischen Betriebsvereinigung stehen.

Das Pariser „Echo de Paris“ gegen jede Rheinlandräumung. „Echo de Paris“ benutzte die Besprechungen von Lugano zu einem neuen Ausfall gegen die vorzeitige Rheinlandräumung. Es wendet sich gegen den Plan der Ersetzung der militärischen Besetzung durch die Feststellungs- und Versöhnungskommission, die eine illusorische Garantie eines Systems sei, das nicht einmal mehr den Schein währe.



Neugliederung Jugoslawiens?

Aus Laibach wird gemeldet, daß der jugoslawische Ministerpräsident Korotich einen Plan für die Revision der Verfassung Jugoslawiens vorbereitet. Nach diesem Plan soll Jugoslawien in drei autonome Staatsgebiete — Slowenien, Kroatien und Serbien — geteilt werden, die Militär, Außenpolitik, Post und Telegraph gemeinsam haben würden. Das serbische Gebiet soll aus Serbien, Montenegro, dem größeren Teil Bosniens und der Wojwodina, das kroatische Gebiet aus Kroatien, Slavonien, dem kleineren Teil Bosniens und der Wojwodina, Slowenien aus den Präfekturen Laibach und Marburg bestehen.

Die Kommission würde weniger wirksam sein, als die Untersuchungskommission des Versailler Vertrages. Die internationalen Militärkontrollausschüsse hätten trotz der hinter ihnen stehenden militärischen Macht nur eine theoretische Abrüstung Deutschlands erzielt. Wenn die neue Kommission etwas feststellen würde, so könnten es nur Umtriebe Deutschlands sein, die den Frieden gefährden könnten. Man sehe nicht ein, wie es möglich sein sollte, verfühnen zu können, ohne sofort gegen die Angreifer Sanktionen zu erlassen. Damit dieses System wirksam sei, müßte die Kommission berechtigt sein, unmittelbar zur Zerstörung der Rheinbrücken zu schreiten, ohne die ein deutscher Einfall unmöglich sei. Man komme indirekt zu der Formel der Besetzung zurück, die allein beim gegenwärtigen Stand der internationalen Unstabilität annehmbar sei.

Eine unsinnige Meldung. Nach einer Zeitungsmeldung soll Deutschland beabsichtigen, in Washington ein neues Palais für die Deutsche Botschaft zu bauen, das 1 Million Dollar kosten soll. Von ausländischer Seite wird dazu erklärt, daß die Deutsche Regierung in Washington weder ein neues Botschaftsgebäude errichten wolle, noch daß es eine Million Dollar kosten würde.

Keine außerordentliche Ratstagung? Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des Daily Telegraph gehen die letzten Informationen in maßgebenden Londoner Kreisen dahin, daß die Einberufung einer Sonder Sitzung des Völkerbundsrats in Paris nicht in Frage komme.

Die polnische Gefahr für Östpreußen wird in einer kleinen Anfrage hervorgehoben, die der deutschnationale Preussische Landtagsabgeordnete Goldau und Gen. im Preussischen Landtag eingebracht haben. Unter Hinweis auf die Absicht der Preussischen, überschuldete landwirtschaftliche Betriebe Östpreußens zu einem ganz niedrigen Preise übernehmen zu können, wird betont, daß Polen die Hoffnung auf Östpreußen nicht aufgegeben habe, sondern polnisches Geld in Östpreußen arbeite und die große Gefahr bestehe, daß beim Zusammenbruch vieler Wirtschaften diese nicht an die Preussische übergehen, sondern besonders mittlere Betriebe mit polnischem Gelde aufgekauft würden. Das Ministerium wird gefragt, ob ihm diese große Gefahr bekannt sei und wie das Ministerium ihr zu begegnen gedenke.

10 000 slowakische Eisenbahner klagen gegen den Staat. Das neue Gehaltsystem nimmt bezüglich der sogenannten slowakischen Zulagen für Eisenbahner in der Tschechoslowakei nicht entsprechende Rücksicht auf die Eisenbahner slowakischer Nationalität, während alle aus Böhmen und Schlesien in die Slowakei veretzten Eisenbahner diese Zulage erhalten. Da die nicht bis Ende 1928 geltend gemachten Forderungen verfahren, haben die slowakischen Eisenbahner nach Meldungen aus Prag Massenklagen vorbereitet, die bis zum 31. Dezember bei den zuständigen Gerichten eingereicht werden. Die klagenden Eisenbahner haben bisher eine Million Kronen für die Durchführung dieser Prozesse zur Verfügung gestellt. Dem Staate werden dadurch Prozesskosten von mehreren Millionen verursacht werden. Bisher haben die slowakischen Eisenbahner ungefähr 10 000 Klagen eingereicht.

Zusammenkunft Tschischerin mit Stresemann. Die Berliner Blätter berichten, daß im Außenkommissariat in Moskau die Meldung eingetroffen, daß Tschischerin am 28. Dezember nach Moskau zurückgekehrt. Sein Gesundheitszustand ist vollkommen zufriedenstellend. Auf der Rückfahrt wird sich Tschischerin zwei Tage in Berlin aufhalten, wo er mit Stresemann konferieren wird. Die verlautet, beabsichtigt Tschischerin, auch einen Abseher nach Warschau zu unternehmen.

Der Zentralverband der Angestellten, Bau Ostfalten

hatte für Sonntag, den 16. Dezember 1928, eine Tagung der Angestellten der Arbeitsämter nach Dresden einberufen. Die Tagung war sehr stark von Angestellten aller Rente besucht. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesarbeitsamtes, Herr Oberregierungsrat Lüttich, Dresden, hielt ein sachliches Referat über praktische Fragen aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Der Referent führte in etwa einundneunzigstündiger Rede folgendes aus:

Der Grundgedanke des Gesetzes sei der, in erster Linie Arbeit zu vermitteln. Die Unterstützung sei untergeordnet, sei als reine Behelfsmaßnahme gedacht und auch als solche zu betrachten. Es sei demzufolge notwendig, eine individuelle Arbeitsvermittlung zu betreiben und intensiv zu fördern. Damit erkl. dient man dem Ganzen. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung löse seit Mitte 1920 auf und es sei nicht daran zu denken, daß sie verlängert werde. Dann liege fast ausschließlich die Arbeitsvermittlung bei den Arbeitsämtern. Diese Aufgabe allerdings verpflichte auch gegenüber den Arbeitssuchenden und gegenüber der Wirtschaft. Mitarbeiter in der Arbeitsvermittlung müssen unterbleiben, weil dadurch das unbedingt notwendige Vertrauen gefährdet wird. Jemand einen geschäftlichen Zwang zur Benützung der öffentlichen Arbeitsvermittlung auszuüben, sei abzulehnen. Nur durch vorbildliches Arbeiten seien Anhänger der öffentlichen Arbeitsvermittlung zu gewinnen. Es sei selbstverständlich, daß bei der Durchführung eines solchen zentralisierten Behördenapparates, wie es die Reichsanstalt darstelle, in mancher Hinsicht nicht alle Wünsche befriedigt werden könnten. Es dürfe aber niemand sich aus Verärgerung beiseite stellen. Alle müssen im Interesse des Ganzen freudig und mit voller Hingabe mitarbeiten, damit eine soziale Handhabung des Gesetzes gewährleistet sei.

Die vielen Fragen der Praxis auch aus der Berufsberatung, die der Referent noch behandelte, waren für die Zuhörer sehr wichtig. Der warme Beifall bewies dem Referenten, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hat. Das Verbandsvorstandsmitglied Otto Gaußner, Berlin, hielt weiter einen Vortrag über: „Das Arbeitsvertragsrecht der Angestellten bei den Arbeitsämtern.“ Es würde zu weit führen, das erschöpfende Referat eingehend zu behandeln. Es sei daher nur folgendes erwähnt:

An dem Charakter der Selbstverwaltung der Organe der Reichsanstalt dürfe nicht gerüttelt werden. Deshalb sei auch eine Verbeamtung der Beschäftigten nicht erwünscht. Der gegenwärtige Zustand sei beizubehalten. Für die Einstellung bei den Arbeitsämtern und Landesarbeitsämtern seien Privilegien gleich welcher Art abzulehnen. Zu fordern sei, daß für die Beschäftigten nur sachliche Tätigkeit und eine gute soziale Einstellung verlangt werde. Am Leistungsprinzip des Tarifes sei festzuhalten; da der Tarifvertrag der Dienstordnung und dem Stellen- beim. Haushaltspläne vorgebe, so gewährleisten die Entscheidungen des Schiedsgerichts hinsichtlich der Eingruppierung und der Nachprüfung des Vergütungsablenkalters eine ordentliche Durchführung des Tarifvertrages. Hieran sei der allergrößte Wert zu legen.

Die Diskussion zu beiden Referaten war außerordentlich ergebnisreich. Beide Referenten haben noch weiterhin Gelegenheit genommen, die vielen Fragen zu beantworten, so daß wohl alle Teilnehmer mit Befriedigung die Tagung verlassen konnten.

Der Leiter der Versammlung, Gaußner, konnte deshalb in den späten Nachmittagsstunden die Tagung schließen.



„Nach Südamerika muß Frieden halten, denn es den guten Nachbarn so gefällt!“

(Sehr frei nach Schiller.)

Das Land, das ein soeben angebrochener Krieg wieder eingestellt wird, ist in Südamerika durch ein sehr einfaches Mittel zustandgebracht worden: Boliviens und Paraguays Nachbarn — Argentinien, Brasilien, Chile und Peru — haben den beiden Gegnern, die als Binnenstaaten von Auslandszufuhr abhängig sind, die Wirtschaftsblokkade angebrocht und hiermit die Einstellung der Feindseligkeiten erzwungen. (Das schwarze Gebiet ist der von beiden Ländern beanspruchte Gtaco Boreal.)



Des Rauchers Festfreude!

SULIMA

REVUE

CIGARETTEN

IN VORNEHMER GESCHENK-PACKUNG